D1 – Rechtsextremismus an Schulen konsequent bekämpfen

Erst vor kurzem kam es zu einem mutmaßlich rassistischen Übergriff eines Lehrers auf zwei Schüler in Cottbus, welche danach im Krankenhaus behandelt werden mussten. Es soll nicht der einzige Fall des Lehrers gewesen sein. Die Schule hat versucht die Geschehnisse zu vertuschen, eine Anklage gegen den Lehrer gibt es bisher nicht. Letztes Jahr haben in Burg im Spreewald zwei Lehrkräfte mit einem Brief auf rechtsextreme Umtriebe an einer Schule für Aufmerksamkeit gesorgt und wurden daraufhin auch angefeindet. Das Rechtsextremismusproblem an Brandenburger Schulen ist nicht mehr kleinzureden! Es darf nicht weiter zugeschaut werden, sondern braucht endlich konsequentes politisches Handeln.

Jetzt haben die Schüler*innenräte von Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am Mittwoch (03.04.) in einer gemeinsamen Erklärung vor Rechtsextremismus an Schulen gewarnt und entschiedenes Gegensteuern gefordert.

Die GRÜNE JUGEND Brandenburg stellt sich hinter die Forderungen der Schüler*innenräte und drängt auf folgende Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus an Schulen:

- Demokratie an Schulen leben! Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen stärken und ausbauen.
- Demokratiebildung muss verpflichtendes Lehrmodul im Lehramtsstudium werden! Angehende Lehrer*innen müssen auf antisemitische, rassistische oder queerfeindliche Übergriffe im Klassenzimmer vorbereitet werden.
- Medienkompetenzen ausbauen! Der Umgang mit KI, Social Media und Fake News muss selbstverständlicher Teil jedes Unterrichts sein.
- Antifaschistische Gedenkkultur fördern! Der Besuch einer Gedenkstätte, insbesondere einer KZ-Gedenkstätte, darf keine Ausnahme sein, sondern muss zur Regel werden! Jeder Landkreis braucht eine Stelle, die die

Gedenk- und Aufklärungsarbeit an allen Schulen im Landkreis organisiert und bündelt.

- Geschichte und politische Bildung stärken! Gerade das Fach politische Bildung muss endlich mit höherer Priorität behandelt werden.
- Lehrkräfte weiterbilden! Quereinsteiger*innen und bestehende Lehrkräfte müssen über aktuelle Tendenzen und Handlungsmöglichkeiten regelmäßig geschult werden.
- Demokratie nicht nur im Politikunterricht! Fächerübergreifender demokratischer Streit, fundierte politische Urteils- und Meinungsbildung, sowie ein wertschätzendes Miteinander muss es in jedem Unterricht geben.
- Eltern sensibilisieren! Eltern müssen selbstverständlicher Teil im Kampf gegen Rechtsextremismus werden.
- Rechtsextremismus als gesellschaftliches Problem anerkennen! Viele Schulen versuchen rechtsextremistische Vorfälle zu vertuschen, da sie häufig einen Imageschaden nach sich ziehen. Schulen dürfen nicht verurteilt werden, sondern ihnen muss unter die Arme gegriffen werden.

Glossar:

Lehrmodul: abgeschlossener Lernblock im Studium
antisemitisch: Abneigung oder Feindschaft gegenüber Jüd*innen
rassistisch: negative Fremdzuschreibung aufgrund äußerlicher Merkmale
KI: künstliche Intelligenz:
Imageschaden: unerwünschte Verminderung des Ansehens